

# Wahlprüfsteine: Bundesverband Deutscher Milchviehhalter

## Milchmarkt

***Erläuterungen des BDM:** Die Milcherzeuger erleben – neben der permanenten Gefahr von neuen Marktkrisen – aktuell eine schwere Wirtschaftlichkeitskrise ihrer Betriebe. Daher muss – neben einer Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegen Marktkrisen – auch die Marktposition der Milchviehhalter gegenüber der verarbeitenden Industrie gestärkt werden. Diese Fehlstellung in der Marktmacht am Milchmarkt hat bereits das Bundeskartellamt mehrfach festgestellt.*

*Parallel dazu ist der Milchmarkt kein regionaler oder nationaler Markt mehr. Vielmehr muss mindestens von einem EU-Binnenmarkt – wenn nicht Weltmarkt – gesprochen werden. In diesem volatilen Marktumfeld und auch bedingt durch die extrem gestiegene EU-Milchproduktion fallen immer wieder Angebot und Nachfrage an Rohmilch auseinander. Dies mit teilweise ruinösen Folgen für die ausbezahlten Milchpreise. Der BDM hat daher schon seit geraumer Zeit ein Krisenmechanismus vorgeschlagen, welcher in solchen Krisenphasen die Milchproduktion an die nachgefragte Menge anpasst und somit ein Abrutschen des Gesamtmarktes verhindert.*

- 1. Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenbegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**
- 2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?**

Ein erweitertes Sicherheitsnetz für den EU-Milchmarkt ist zwingend erforderlich. Bislang fehlen Instrumente, um die Mengen auf EU-Ebene und auf Ebene der Mitgliedsstaaten wirksam zu steuern. Eine Mengensteuerung aus der Branche heraus ist bislang wirkungslos. Sie hat aus unserer Sicht auch keine Chance, da innerhalb der Wertschöpfungsketten zu unterschiedliche Interessen und Bewertungen aufeinander treffen.

- 3. Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?**

Wir halten den Vorschlag des Bunds der Milchviehhalter (BDM) für sinnvoll, eine gemeinsame Branchenorganisation Milch (BO Milch) auf europäischer Ebene zu gründen. Darin sollten ausschließlich Milcherzeuger\*innen Mitglied sein, die keine Funktion in Molkereien oder im Handel haben. Aufgabe dieser BO ist dann unter anderem, die Mengensteuerung und weitere Instrumente zu organisieren. Die BO ergänzt die Marktbeobachtungsstelle auf EU-Ebene zur Datenerhebung, Marktbeobachtung, Bewertung und Frühwarnung.

- 4. Wie sieht Ihre Partei die Haltung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, in Milchmarktkrisenphasen den bisher vorhandenen Instrumenten des EU-Sicherheitsnetzes sowie einer sogenannten Modernisierung der Lieferbeziehungen zu vertrauen?**
- 5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?**

Aus Grüner Sicht sind die Märkte und Lieferbeziehungen im Milchsektor – wie wir sie aktuell kennen – nicht geeignet, um eine nachhaltige Milchviehhaltung dauerhaft flächendeckend betreiben zu können. Denn nachhaltig bedeutet ökologisch, ökonomisch und sozial. Auf den globalen Märkten

steht der Wettbewerb um die günstigsten Preise im Zentrum. Dieses schwankende Auf- und Ab auf den globalen Märkten steht im krassen Gegensatz zu den hohen Anforderungen an Tierwohl und den qualitativen Gemeinwohlleistungen, wie sie die Gesellschaft fordert.

Zu den zentralen Instrumenten einer zukunftsgerichteten Milchpolitik gehört es, die Marktmacht der milcherzeugenden Betriebe zu stärken und gleichzeitig das Sicherheitsnetz zu erweitern, um Mengenschwankungen abzufedern.

Für Baden-Württemberg wollen wir einen Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft erreichen. Damit wollen wir die Möglichkeiten auf Bundeslandesebene nutzen, faire Wertschöpfungsketten und Lieferbeziehungen innerhalb der Kette und mit den Verbraucher\*innen zu gestalten.

Eine Vorgabe, wie sie der BDM über Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) vorschlägt, halten wir für sinnvoll. Sie legt fest, dass Preis, Menge und Dauer der Lieferbeziehung vertraglich festgelegt werden müssen. Damit stärkt sie die Position der Erzeuger\*innen innerhalb der Wertschöpfungskette.

**6. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Produktionskosten auch im Hinblick auf die steigenden Anforderungen an die Milchviehhaltung (Tierwohl, DÜV, etc.) durch den Verkauf der Rohmilch zu decken?**

Eine stabile Wertschöpfung auch über die Rohmilch ist möglich, wenn wir

- die Instrumente, die der BDM vorschlägt, verwirklichen,
- die Vorschläge der Borchert-Kommission umsetzen und gleichzeitig
- faire Lieferbeziehungen in Baden-Württemberg – durch einen Gesellschaftsvertrag initiiert und befördert – zum Standard machen.

In diesem System muss die Milch aus dem Grundfutter bestenfalls auf der Weide erzeugt werden und die Biodiversität fördern. Dies muss klar gekennzeichnet sein und von Staat und Verbraucher\*innen honoriert werden. Im Zusammenspiel all dieser Instrumente bekommt die Milch ein Gesicht und einen guten Preis!

Daneben setzen wir darauf, den Bio-Markt in Baden-Württemberg und darüber hinaus weiterzuentwickeln.

## **Reform der Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2020 / allgemeine Agrarpolitik**

***Erläuterungen des BDM:** Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der laufenden Diskussion um die GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig in Hinblick auf die vor ihnen liegenden Aufgaben und Herausforderungen weiterzuentwickeln. Es geht um die Zukunft unserer ländlichen Räume, der Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von Arbeitsplätzen – auch und gerade im vor- und nachgelagerten Bereich.*

*Mit der bisherig anscheinend alleinigen Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die Zielsetzung der Gewährleistung eines entsprechenden Pro-Kopf-Einkommen der BäuerInnen, noch eine Stabilisierung der Märkte für Agrarprodukte erreicht. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefgreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.*

**7. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?**

**8. Wie bewertet Ihre Partei den vorliegenden Vorschlag der Kommission und auch des EU-Parlaments zur Weiterentwicklung der GAP 2020? Auch und gerade in Bezug auf ein Bonus- / Malus-System in**

**Bezug auf einen krisenbedingten Produktionsverzicht? Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?**

9. **Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?**

Das EU-Parlament hat ein Bonus-Malus-System ins Spiel gebracht. Wir würden es begrüßen, wenn dieser Vorschlag aufgegriffen würde. Gleiches gilt für einen ergänzten Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung (GMO). Unsere Maxime ist, öffentliches Geld für öffentliche Leistungen bereitzustellen. Deshalb wollen wir so viel Zahlungen aus der ersten Säule wie möglich an Leistungen für Umwelt- und Klimaschutz binden und ihre Höhe einkommenswirksam gestalten. Wir wollen die ersten Hektare deutlich stärker fördern und stehen für Kappung und Degression. Der Deutsche Verband für Landschaftspflege schlägt eine neue Förderstruktur vor, die sich an Gemeinwohlleistungen orientiert. Das halten wir für den richtigen Weg.

10. **In Bezug auf das Agrarinvestitionsprogramm: Wie denkt Ihre Partei über eine Verbindung zwischen Förderung und Bindung der Tierhaltung an Fläche oder einer Förderung von Betrieben bis zu einer bestimmten Größe (bspw. Absenkung der Prosperitätsgrenze, Absenkung der Förderobergrenze)? Könnte eine solche Änderung auch kleine und mittelständische Betriebe besser fördern?**

Wir wollen die Förderung konsequent an die Futterfläche der Betriebe binden. Uns ist es zudem wichtig, die Förderobergrenze abzusenken. So können wir die Mittel breiter verteilen und dadurch kleineren Betrieben besser entgegenkommen.

Die Voraussetzung einer Wachstumsperspektive in der Förderung muss um eine Wertschöpfungsperspektive ergänzt werden.

Förderungen des Stallbaus müssen sich künftig an höchsten Tierwohlstandards orientieren und die Weidetierhaltung besonders bevorzugen.

11. **Die zunehmende Spezialisierung der Milchproduktion ist verbunden mit der Erzeugung von Kälbern, die oft im Alter zwischen zwei und fünf Wochen verkauft werden. Da für viele diese Tiere in der regionalen Wertschöpfungskette vor Ort keine Kapazitäten vorhanden sind, müssen sie derzeit nach Norddeutschland oder ins EU-Ausland mit z.T. sehr langen Transportwegen verkauft werden. Bedingt durch den Ausbruch der Blauzunge sind die Kälberpreise seit geraumer Zeit extrem unter Druck geraten. Wie steht Ihre Partei zu einem baden-württembergischen Kälbermastprogramm, um die Einkommen der Landwirte zu stützen?**

Das unterstützen wir sehr. Wir wollen hier zudem weitere innovative Modelle und Märkte fördern. Wir arbeiten daran, die „Wertschöpfungskette Kalb“ durch unterschiedliche Maßnahmen zu verbessern. Extensive Mastverfahren auf der Weide beispielsweise sollen hohe Fleischqualitäten liefern. Die Schlachtung muss nahe am Aufzuchtort stattfinden und hohe Tierschutzstandards erfüllen. Das Fleisch muss von bester Qualität sein und auskömmliche Erzeugerpreise erzielen.

12. **Die Bundesregierung hat sich auf die Einführung einer Grundrente im Jahr 2021 verständigt. Warum profitieren die Versicherten der LAK nicht? Wird hier gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen? Sieht Ihre Partei Bedarf und wie kann die sehr niedrige Altersversorgung der Landwirte verbessert werden?**

Wir halten es für wichtig, dass die Landwirtschaft auch von einer Art Grundrente profitieren kann. Für die Ausgestaltung der Rente ist der Bund zuständig, hier haben wir auf Landesebene kaum Hebel. Wo möglich, werden wir uns für dieses Anliegen einsetzen.

## Herkunftskennzeichnung /Standardisierung

**Erläuterungen des BDM:** In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der VerbraucherInnen und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können.

Gleichzeitig gehen von der Nahrungsmittelindustrie Bestrebungen zu einer höheren Standardisierung und Anforderungen an landwirtschaftliche Produkte aus. Standards, die häufig die Produkte austauschbarer machen und gleichzeitig die Produktionskosten ohne entsprechende Kompensation erhöhen.

**13. Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?**

**14. Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich neue, höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken muss?**

**15. Welchen Weg schlägt Ihre Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung vor?**

Eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung ist Grundlage dafür, dass Verbraucher\*innen bewusste und informierte Kaufentscheidungen treffen können. Damit ist sie zugleich wichtige Grundlage für eine Marktdifferenzierung und eine höhere Wertschöpfung. Wir drängen darauf, die Vorschläge der Borchert-Kommission schnellstmöglich umzusetzen und die Tierhaltung umzubauen. Wir setzen nicht allein darauf, höhere Erzeugerpreise durch Zusatznutzen, Kennzeichnung und Verbraucherverhalten zu erzielen. Vielmehr machen wir uns für einen gesellschaftlich getragenen Konsens stark, den wir mit einem Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft befördern wollen. Der Umbau der Tierhaltung wird durch einen Preisaufschlag auf Milch und Fleisch mitfinanziert.

## Tierwohl

**Erläuterungen des BDM:** Das Thema Tierwohl beschäftigt zunehmend auch landwirtschaftsfremde gesellschaftliche Gruppen. Oft wird die konventionelle Landwirtschaft als Widerspruch zum Tierwohl und einer artgerechten Tierhaltung gesehen, dabei stellt gerade der tierwohl-orientierte Stallumbau große Investitionsanforderungen an die Betriebe.

**16. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?**

Wir drängen darauf, die Vorschläge der Borchert-Kommission schnellstmöglich umzusetzen und die Tierhaltung umzubauen. Wir setzen nicht allein darauf, höhere Erzeugerpreise durch Zusatznutzen, Kennzeichnung und Verbraucherverhalten zu erzielen. Vielmehr machen wir uns für einen gesellschaftlich getragenen Konsens stark, den wir mit einem Gesellschaftsvertrag für die Landwirtschaft befördern wollen. Der Umbau der Tierhaltung wird durch einen Preisaufschlag auf Milch und Fleisch mitfinanziert.

**17. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?**

Wir Grüne fordern eine verpflichtende staatliche Lebensmittelkennzeichnung, die übersichtlich, einfach und transparent ist. Sie sollte neben der Art der Tierhaltung weitere Merkmale wie Herkunft, vegetarisch, vegan, fair etc. umfassen.

**18. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierten Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?**

**19. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?**

Mittelfristig muss die ganzjährige Anbindehaltung verboten werden. Bis dahin werden wir weiter alle Hebel in Bewegung setzen und den betroffenen Betrieben Beratung und Förderung bereitstellen. Auch innovative Formen der Kooperation wollen wir fördern und unterstützen.

**20. Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?**

Nein, eine Abstockung des jeweiligen Tierbestands ist aus unserer Sicht mit dieser Anforderung nicht verbunden.

Mittelfristig müssen sich die Ernährungsgewohnheiten bei uns verändern – hin zu weniger tierischen Produkten. Wenn wir die Tierbestände verringern, muss dies mit veränderten Ernährungsgewohnheiten und entsprechend einer veränderten Nachfrage einhergehen. Andernfalls verlagern wir die Produktion in andere Teile der Erde, wo wir die Tierschutz-Standards nicht beeinflussen können.

**21. Höhere nationale Anforderungen an das Tierwohl dürfen nicht durch Importe von Agrarprodukten, die mit niedrigeren Anforderungen erzeugt wurden, unterlaufen werden. Wie steht Ihre Partei zu innovativen Mitteln zur Vermeidung von Qualitätsdumping wie z.B. Border Tax Adjustments, einer Pflichtkennzeichnung, partiellen Importverbote oder einem Lieferkettengesetz?**

Seit vielen Jahren ist deutlich: Wir müssen die Frage klären, wie mit Importen umzugehen ist. Andernfalls werden sich unsere Bemühungen, Natur- und Klimaschutz mit der Landnutzung in Einklang zu bringen, nur schwer durchsetzen. Eine Pflichtkennzeichnung von Qualität und Herkunft halten wir auch aus Gründen der Verbrauchertransparenz und Marktdifferenzierung für wichtig. Ziel ist ein qualifizierter Marktzugang. Dazu müssen verschiedene Instrumente zusammenwirken wie beispielsweise das Lieferkettengesetz oder ein Grenzsteuerausgleich.

## Digitalisierung

***Erläuterungen des BDM:** Die Digitalisierung spielt auch in der Landwirtschaft eine immer größere Rolle. Neben enormen Chancen sind allerdings auch Risiken in Hinblick auf Datenhoheit und -sicherheit gegeneinander abzuwägen. Ebenso stellt die zunehmende Digitalisierung auch hohe Investitionsanforderungen an die – schon heute eigenkapitalschwachen – Milchviehbetriebe. Diese Anforderungen binden Kapital, welches auch und gerade für Investitionen in anderen Bereichen, wie beispielsweise dem Tierwohl, benötigt wird.*

**22. Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?**

**23. Wie möchten Sie die Datenhoheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?**

**24. Wie möchten Sie die Datensicherheit der betreffenden Betriebsdaten sicherstellen?**

**25. Wie stehen Sie zu einer Verpflichtung zu Open-Source-Technologien?**

**26. Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?**

Die Digitalisierung bietet der Landwirtschaft viele Chancen: Verwaltungs-, Organisationsabläufe und die Betriebsführung können vereinfacht werden. Indem zum Beispiel Roboter zum Einsatz kommen

(zur Beikraut-Regulierung, zum Hacken oder in der Präzisionslandwirtschaft), kann die Umweltwirkung optimiert werden. Auch eine schnelle, datenbasierte Betriebsplanung – kurz- mittel- und langfristig – ist möglich.

Aus unserer Sicht ist es wichtig, die Digitalisierung der Landwirtschaft gemeinwohlorientiert voranzutreiben. Das heißt: Sie soll zu einer Extensivierung der Systeme statt zu einer Intensivierung beitragen. Es gilt, diese Entwicklung wissenschaftlich und fachlich intensiv zu begleiten und zu evaluieren. Der Bundesgesetzgeber muss klarstellen, dass die Landwirt\*innen die Datenhoheit über ihre betriebsbezogenen Daten haben. Denn betriebsbezogene Daten sind aus unserer Sicht personenbezogene Daten und müssen entsprechend der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) geschützt werden.

Alle öffentlich geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekte müssen Open-Source-Projekte werden.

Für den Agrarbereich braucht es eine öffentliche Datenplattform, die am Gemeinwohl orientiert ist. Dies ist wichtig, um die Ernährungssouveränität zu gewährleisten. Denn wenn Wissen verloren geht (und beispielsweise verstärkt Algorithmen zum Einsatz kommen), besteht die Gefahr, dass wir als Gesellschaft mehr und mehr verlernen, worauf es bei der Erzeugung eines gesunden Lebensmittels ankommt.

Die Landwirtschaft ist systemrelevant. Deshalb müssen hier sichere und ausfallsichere Systeme zur Datenspeicherung und -verarbeitung zur Verfügung gestellt werden. Auch deshalb müssen EU und Bund die Betriebe schnell und rechtssicher bei den Themen Datenschutz, Datenhoheit und Datensicherheit unterstützen. Es gilt, im Interesse der Gesellschaft zentrale Daten und Auswertungen für alle nutzbar zu machen. Baden-Württemberg stellt bereits viele Informationen als Open Data zur Verfügung.

Durch eine umfassende Technikfolgenabschätzung müssen zudem die langfristigen Auswirkungen der Technologien auf Menschen, Tiere, Umwelt und Lebensmittel analysiert werden.

Durch Fördermittel wollen wir solche Technologien in der Landmaschinen- und IT-Branche unterstützen, die praxisnah auf die Bedarfe kleinerer Betriebe zugeschnitten sind. Neben dem Recht auf Reparatur („right to repair“) sind kostenlose Open-Source-Lösungen und Angebote wichtig, bei denen die Daten in den Händen der Anwender\*innen bleiben.

Bildung, Information und Beratung für die Betriebe ist ein zentraler Erfolgsfaktor für eine Digitalisierung, die selbstbestimmt und gemeinwohlorientiert wirkt.